

Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen

Mit Sorge beobachtet die GEW, dass sich die Bundeswehr in letzter Zeit verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen bemüht. Das Kooperationsabkommen mit der saarländischen Landesregierung aus dem Jahre 2009 unterstützt das offensive Vorgehen der Bundeswehr.

Diese verstärkten Aktivitäten fallen in eine Zeit, in der die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von NATO- und UN-Mandaten verfassungsrechtlich umstritten, politisch immer fragwürdiger und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden.

Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung. Sie hat Bildungsminister Klaus Kessler in einem offenen Brief aufgefordert, entsprechende Passagen des Kooperationsabkommen zu kündigen.



Die Positionen der GEW

- ☺ Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.
- ☺ Jugendoffiziere der Bundeswehr können nur dann eingeladen werden, wenn politische Ausgewogenheit gewährleistet ist.
- ☺ Friedensorganisationen und Friedensinitiativen sind die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr einzuräumen.
- ☺ Waffenschauen und ähnliche Veranstaltungen der Bundeswehr haben auf dem Schulgelände nichts zu suchen – auch nicht an Wochenenden und während der unterrichtsfreien Zeit.
- ☺ Keine Pädagogin und kein Pädagoge und keine Schülerin und kein Schüler darf zur Teilnahme und Durchführung einer Veranstaltung mit Bundeswehrangehörigen gezwungen werden.
- ☺ Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Wo dies dennoch geschieht – ob offen oder verdeckt – muss die Schulaufsicht tätig werden.



BILDUNG IST MEHRWERT!